

*halb für keinen Bauern mehr die Frage des Austritts aus der LPG stehen, weil das einen Rückschritt sowohl für die Gesellschaft als auch für ihn selbst bedeuten würde. Es wäre überdies eine Unterstützung des Klassenfeindes, die moralisch verwerflich und mit der sozialistischen Gesetzlichkeit unvereinbar ist<sup>244</sup>.“*

Die Ausführungen Streits, heute „Generalstaatsanwalt der DDR“, zeigen, daß die mitteldeutschen Bauern sich auch nach der totalen Kollektivierung der Landwirtschaft keineswegs mit dem Gedanken abfinden wollen, ihr Eigentum für immer verloren zu haben. Und es ist eben diese Haltung, auf der auch der passive Widerstand beruht, der sich allenthalben in den LPG entwickelt und der durch die Zusammenfassung vieler Bauern und Landarbeiter in größeren Betriebseinheiten sogar begünstigt wird, weil das Bewußtsein der gemeinsam erlittenen Unterdrückung Solidaritätsgefühle nährt und ein gemeinsames Handeln nahelegt, das heißt, eine gänzlich neue Qualität des Widerstands hervorbringt. Solange die Bauern auf viele Einzelwirtschaften zersplittert waren, fehlten die Voraussetzungen für einheitliches politisches Denken und gemeinschaftliches Handeln. Jeder war sich selbst der Nächste. In der Kollektivwirtschaft aber sind alle gleich.

Erscheinungsformen dieser passiven Resistenz sind vor allem Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit unter den unfreiwilligen Kollektivbauern. Kaum einer unter den Bauern fühlt sich unbeschadet staatlicher Planaufgaben und genossenschaftlicher Disziplinarordnungen für die Arbeit in den LPG noch verantwortlich; sie versäumen wichtige agrotechnische Termine, vernachlässigen das Vieh und kümmern sich hauptsächlich um die eigene „individuelle Hauswirtschaft“. Im Frühjahr 1962 waren durch die Mißwirtschaft in den LPG und infolge des passiven Widerstands der Bauern Zehntausende Hektar Land unbestellt geblieben. Wie wenig Rückhalt die SED unter den Bauern bis heute finden konnte, demonstriert nicht zuletzt der bemerkenswert niedrige Prozentsatz der Genossenschaftsbauern an der Parteimitgliedschaft. Obwohl nach dem Stand vom 30. September 1962 die Genossenschaftsbauern rund 12,5 Prozent aller in der SBZ und im Sowjetsektor von Berlin Beschäftigten (ohne Lehrlinge) ausmachten<sup>244</sup> <sup>245</sup>, belief sich ihr Anteil an der Mitgliedschaft der SED nach dem Stand vom 31. Dezember 1961 nur auf 6,2 Prozent<sup>246</sup>.

244 Josef Streit „Zu einigen Methoden des ‚kalten Krieges‘ und den Aufgaben unserer Justizorgane“, in „Neue Justiz“ Nr. 16/1961, S. 548 f.

245 Berechnet nach Angaben in dem „Statistischen Taschenbuch der DDR“, [Ost-Berlin 1963, S. 24 und 87.

246 „Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag . . .“, 253.